

**FAIRE LÖHNE**  
**BEZAHLBARER**  
**WOHNRAUM**  
**SICHERE RENTEN**

Wahlplattform 2015

FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE





## EDITORIAL



Wir steuern 2015 auf einen ganz entscheidenden Moment zu. Am 18. Oktober entscheidet sich, welche Mehrheiten unser Land in welche Richtung lenken werden. Wohin bewegt sich unser Land, welche Gesellschaft wollen wir? Die national-konservativen Kräfte wollen die Schweiz abschotten, sehen Migration als Problem und nehmen in Kauf, dass Kriegsflüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Sie stellen die Menschenrechte in Frage und wollen einen Keil zwischen die Bevölkerung und die Institutionen treiben, indem sie Parlamente und Regierungen, die Gerichte, Behörden und Ämter und teilweise auch die Schulen und Universitäten durch den Dreck ziehen.

Es gibt eine Alternative zu dieser national-konservativen Schweiz. Und hier will und muss die SP als stärkste Kraft eine entscheidende Rolle übernehmen. Wir wollen eine offene, eine gerechte und eine solidarische Schweiz. Wir wollen eine stabile, enge und verlässliche Zusammenarbeit mit Europa. Wir halten unsere humanitäre Tradition hoch und verteidigen die Menschenrechte als unabdingbaren Bestandteil unseres Rechts, welcher uns alle vor Willkür und Despotismus schützt. Wir kämpfen für Verteilgerechtigkeit in einer Zeit, in der die Vermögen und Einkommen immer ungleicher verteilt sind. Und wir kämpfen dafür, dass die Sozialwerke gestärkt werden. Denn sie sind die Voraussetzung für den Ausgleich und das friedliche Zusammenleben unserer Gesellschaft. Die Diskussionen um die Öffnung der Schweiz, um die Bedeutung unserer humanitären Tradition, der Verteilgerechtigkeit und der Sicherung der Sozialwerke werden wir an vorderster Front führen und wir werden dafür kämpfen, die Kräfte zu bündeln, die uns in diese Richtung führen. Denn es sind unsere Werte und sozialdemokratische Errungenschaften, die seit Jahrzehnten den Erfolg unseres Landes sichern.

Die Konfrontation zwischen der Schweiz der Öffnung und der Schweiz der Angst wird 2015 bestimmend sein. Darüber hinaus wird die SP das Wahljahr aber auch immer wieder dazu nutzen, eigene greifbare Forderungen zu stellen, die wir gemeinsam diskutiert und am 14. Februar mit unserer Wahlplattform verabschiedet haben – Forderungen, welche das Leben der Menschen und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ganz konkret und gezielt verbessern.

Christian Levrat

**FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE**



# WAHLPLATTFORM DER SP SCHWEIZ

Verabschiedet am Parteitag vom 14. Februar 2015 in Martigny

Die Schweiz ist dann stark, wenn es allen gut geht – und nicht nur ein paar wenigen. Jede Einwohnerin, jeder Einwohner dieses Landes hat ein Recht auf Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Wenn es allen gut geht, geht es allen besser. In der Schweiz. In Europa. Auf der ganzen Welt.

Weltweit wird die Schweiz anerkannt als Hüterin von Frieden, Sicherheit und Stabilität. Das ist ganz wesentlich ein Verdienst der SP, die seit 125 Jahren für Gerechtigkeit kämpft in unserem Land. Denn ohne Gerechtigkeit – das zeigt die Geschichte der Menschheit – können Frieden und Sicherheit keinen Bestand haben. Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die AHV erkämpft. Wir haben die Mutterschaftsversicherung erkämpft, ebenso das Frauenstimmrecht und gute Arbeitsbedingungen durch Gesamtarbeitsverträge.

Diesen Errungenschaften, auf die wir mit Recht stolz sind, droht Gefahr von rechts. Eine Clique von Superreichen und Neoliberalen hat sich zum Ziel gesetzt, die Schweiz, wie wir sie kennen, zu demontieren. Geht es nach ihrem Willen, sollen Freiheit, Wohlstand und Demokratie kein Menschenrecht mehr sein, sondern eine schlichte Handelsware – und letztlich das Privileg des Meistbietenden. Diese Geldaristokratie akzeptiert nur ein Gesetz: das Faustrecht, das Recht des Stärkeren. Deshalb macht sie unseren Staat lächerlich. Deshalb untergräbt sie unsere Demokratie. Und deshalb kämpft sie gegen Europa und treibt unser Land international in die Isolation.

Die Schweiz ist aber keine Insel, zum Glück nicht. Wir brauchen und wollen gute Beziehungen zu Europa. Alle Menschen in unserem Land sind heute eng vernetzt mit Europa – wirtschaftlich und technisch sowieso, aber auch kulturell, sozial und emotional. Das ist eine Tatsache. Und eines dürfen wir erst recht nicht vergessen: Die europäische Integration ist ein grosses Friedenswerk. Ein Rückfall in nationalistische Zeiten würde über kurz oder lang in den Krieg führen.

Nicht nur Europa, auch internationale Gremien stärken Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Die SP setzt sich für eine aktive Rolle der Schweiz in der Welt ein, damit die Menschenrechte überall respektiert werden, die Entwicklungschancen überall gegeben sind und soziale Gerechtigkeit weltweit wächst.

Deswegen engagieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns tagtäglich für eine solidarische, gerechte und offene Gesellschaft. Migration bringt Vielfalt und Vielfalt ist eine Stärke; eine Triebfeder des Fortschritts, wovon nicht nur die Unternehmen profitieren, sondern auch die Gemeinschaft als kulturelles und soziales Gefüge. Wir verteidigen den Sozialstaat und die humanitäre Tradition unseres Landes und wir entwickeln sie weiter. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann – sei es in Wahlen und Abstimmungen oder im Betrieb. Wir kämpfen für Demokratie in sämtlichen Lebensbereichen, für sichere Renten, faire Löhne, echte Gleichstellung und bezahlbaren Wohnraum. Denn wahrer Fortschritt hat das Ziel, allen Menschen – egal welcher Herkunft – ein selbstbestimmtes, gutes Leben in und mit der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür steht die SP ein.



# 10 PROJEKTE FÜR EINE GERECHTE, OFFENE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

## **1 LOHNGLEICHHEIT MIT VERBINDLICHEN VORGABEN UND FLÄCHENDECKENDEN GESAMTARBEITSVERTRÄGEN DURCHSETZEN.**

Seit 33 Jahren ist in der Verfassung verankert, dass Frauen und Männer Anspruch auf den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. Doch seit 33 Jahren wird dieses Prinzip mit Füßen getreten. Frauen verdienen durchschnittlich 20 Prozent – knapp 700 Franken – pro Monat weniger als Männer. Der Versuch, die Lohngleichheit mit freiwilligen Massnahmen zu erreichen, ist gescheitert. Hier muss die Politik nachhelfen, da es die Wirtschaft offensichtlich nicht alleine schafft. Die SP fordert klare gesetzliche Grundlagen und griffige Massnahmen, um die Lohngleichheit zu gewährleisten und der täglichen Diskriminierung der Hälfte der Bevölkerung ein Ende zu setzen. Wir fordern ein Lohnmonitoring mit verbindlichen Zielvorgaben und Sanktionsmöglichkeiten.

Ebenso kämpft die SP dafür, dass in allen Branchen Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen werden, welche Minimallöhne beinhalten, Weiterbildungsmöglichkeiten und Lohnskalen, die einen verbindlichen Rahmen für die konkrete Umsetzung der Lohngleichheit von Männern und Frauen setzen. Die GAV bieten den Beschäftigten Schutz und garantieren ihnen faire Arbeitsbedingungen. Heute ist jedoch nur rund die Hälfte von ihnen einem GAV unterstellt. Die SP setzt alles daran, dies zu ändern.

## **2 MINDESTQUOTEN FÜR GEMEINNÜTZIGEN WOHNRAUM GARANTIEREN BEZAHLBARE WOHNUNGEN FÜR ALLE.**

In den Städten und Agglomerationen explodieren die Wohnungspreise, private Investoren und Immobilienfirmen schlagen daraus Profit. Viele Mieterinnen und Mieter sind beim Wohnungswechsel exorbitanten und ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen ausgeliefert. Auf ihrem Buckel machen die Immobilienkonzerne Rekordprofite. Gleichzeitig werden für solche Konzerne die Steuern gesenkt, was zu Defiziten bei Gemeinden und Kantonen führt – diese werden dann mit Abbauprogrammen kompensiert, unter denen alle zu leiden haben.

Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und zu erhalten, setzt sich die SP deshalb dafür ein, dass der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert wird. Neu soll in jeder Gemeinde ein Mindestanteil des Wohnungsbestands nach Kriterien der Gemeinnützigkeit vermietet werden. Bei Neueinzonungen und Neubauprojekten muss mindestens 30 Prozent der anzurechnenden Geschossfläche für den preisgünstigen Wohnungsbau reserviert werden, der an Genossenschaften geht oder in der öffentlichen Hand bleibt. Attraktive Wohnmodelle in den Zentren schaffen bezahlbaren Wohnraum für alle und helfen die anhaltende Zersiedelung zu stoppen.

## **3 DIE ERHÖHUNG DER RENTEN UM 10 PROZENT GEWÄHRLEISTET EIN ALTER IN WÜRDE.**

Die SP ist die Partei, die sich seit Jahrzehnten für ein würdiges Alter einsetzt. Dazu gehören neben Partizipation und Selbstbestimmung auch die finanzielle Absicherung im Alter durch unsere Altersvorsorge sowie bezahlbare Pflege- und Unterstützungsangebote. Ebenso wichtig ist ein fruchtbarer und gelebter Austausch zwischen den Generationen, damit Solidarität entstehen und fortbestehen kann.

Die grösste soziale Errungenschaft und ein wichtiges Element für die Sicherheit im Alter bildet unsere AHV. Die Bundesverfassung verlangt, dass die Renten der AHV und der Pensionskasse zusammen die «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» gewährleisten müssen. Doch heute wird dieses Ziel bei zu vielen Menschen nicht mehr erreicht. Es wird behauptet, die AHV blute aus und der Druck auf die zweite Säule steige. Doch entgegen allen Behauptungen: Ob sich die Schweiz eine menschenwürdige Altersvorsorge für alle leisten kann, ist in erster Linie eine Frage des politischen Willens und der Verteilergerechtigkeit – und nicht der Altersentwicklung oder des Umwandlungssatzes.

Mit der AHV verfügen wir über das ideale System, um die gesellschaftliche Solidarität jenseits der Zwänge der Kapitalmärkte wieder zu stärken. Die Renten der AHV müssen – ohne Erhöhung des Rentenalters – um 10 Prozent erhöht werden. Deshalb unterstützt die SP Schweiz die AHVplus-Initiative.

Solange die AHV- und IV-Renten keine finanzielle Sicherheit für ein würdiges Leben für alle garantieren, setzt sich die SP dafür ein, dass die Ergänzungsleistungen erhalten und verbessert werden. Sie achtet darauf, dass bei künftigen Anpassungen in der AHV die IV-Renten und EL ebenfalls angepasst werden.



## **4 EIN AUSGEBAUTER KÜNDIGUNGSSCHUTZ BEWAHRT ÄLTERE ARBEITNEHMENDE VOR LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT.**

Es sind die Arbeitnehmenden, die mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Können jeden Tag Wohlstand schaffen und zum Fortschritt der Schweiz beitragen. Dafür brauchen sie anständige Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz. Doch gerade ältere Arbeitnehmende zwischen 50 und 65 Jahren werden zunehmend von jüngeren, günstigeren Arbeitskräften aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – und enden unverschuldet in der Langzeitarbeitslosigkeit. Diese Situation ist unhaltbar. Die SP fordert die Einführung von flexiblen Beschäftigungsmodellen, sofern die betroffenen Arbeitnehmenden damit einverstanden sind (z.B. Reduktion der Arbeitszeit, Überbrückungsrente, flexibles Rentenalter), den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Kurzarbeit, insbesondere für ältere Arbeitnehmende. Das sichert das finanzielle Auskommen und stabilisiert die Wirtschaft, da so der Konsum nicht einbricht. Kurzarbeit muss aber mit einer Weiterbildungsoffensive einhergehen. Zu viele Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sind heute von der ALV nicht abgedeckt. Das muss sich ändern. Ausserdem fordert die SP ausgebauten Kündigungsschutz, der zwingend eine Begründungspflicht beinhalten muss. Die Kündigungsfristen und die Kriterien, nach denen eine Entlassung für nichtig oder missbräuchlich erklärt werden kann, müssen sowohl im Gesetz als auch in den GAV ausgeweitet werden. Menschen sind mehr als Kostenfaktoren und dürfen nicht grundlos auf die Strasse gestellt werden.

## **5 DIE BÖRSENSTEUER STOPPT UNSINNIGE SPEKULATIONEN UND STABILISIERT DEN FINANZMARKT.**

Die Rettung der Grossbanken hat die Steuerzahlenden Milliarden gekostet – ohne dass dies Auflagen oder andere Konsequenzen für die Verantwortlichen zur Folge gehabt hätte. Diese zahlten sich stattdessen noch im gleichen Jahr wieder Löhne und Boni in Millionenhöhe aus. In dieser «too big to fail»-Logik ist es eine Frage der Zeit, bis die Banken wieder gerettet werden müssen.

Ein Grossteil der täglichen Milliardenumsätze der Grossbanken stammt von computerinitiierten Transaktionen, die allein das Ziel verfolgen, mit gigantischen Volumen von minimalen Kursdifferenzen zu profitieren. Solche Transaktionen bringen keinerlei volkswirtschaftlichen Nutzen, sondern heizen die Spekulation an und destabilisieren so den Finanzmarkt.

Die SP kämpft für die Einführung einer Börsensteuer, auch bekannt als Tobin Tax oder Finanztransaktionssteuer, die solche sinnlosen Käufe und Verkäufe im Sekundentakt unterbindet. Diese Steuer bremst nicht nur unsinnige und gefährliche Spekulationen, sondern generiert auch Steuermittel bei einer Branche, die als eine von wenigen von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist.

## **6 DIE FLÄCHENDECKENDE EINFÜHRUNG VON KITAS UND KOSTENLOSEN TAGESSCHULEN FÜHRT ZU MEHR CHANCENGERECHTIGKEIT.**

Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Bildung. Dieses Recht darf weder vom Portemonnaie der Eltern oder der Herkunft noch vom Wohnort abhängen. Umgesetzt im Alltag ist das Prinzip jedoch nicht: In der Schweiz haben Kinder von gut situierten Eltern bessere Bildungschancen. Denn bis zu 50 Prozent der Kinder in der obligatorischen Schule sprechen als Muttersprache keine Landessprache. Sie müssen stärker unterstützt werden. Im Gegensatz dazu haben Kinder von gut situierten Eltern und Kinder mit der ortsüblichen Sprache als Muttersprache bessere Bildungschancen.

Chancengerechtigkeit ist für die SP Schweiz ein Ziel, auf das wir tagtäglich hinarbeiten. Wir kämpfen in den Gemeinden, den Kantonen und auch auf nationaler Ebene für genügend Ressourcen für die öffentliche Schule. Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerschaft, die Schulinfrastruktur und die Aus- und Weiterbildung liegen uns am Herzen. Ein wichtiges Element dieser Chancengerechtigkeit ist die Schaffung eines flächendeckenden Tagesschulangebots. Denn die Schule der Zukunft ist mehr als das Aneinanderreihen von Unterrichtslektionen: Die Aufteilung zwischen Betreuungsangeboten und Schule muss überwunden werden, weil sie die Trennung von Erziehung und Bildung, von Betreuung und Förderung zementiert. Tagesstrukturen bilden eine wichtige Grundlage für die Chancengerechtigkeit und fördern alle Kinder optimal. Von guter Bildung für alle profitiert die ganze Schweiz.



## **7 KINDERGUTSCHRIFTEN SORGEN FÜR EINE ECHTE ENTLASTUNG DER FAMILIEN.**

Die Familie ist und bleibt für viele Menschen die wichtigste und am direktesten erfahrbare Form der Gemeinschaft. Doch auch sie ist vielfältigen Veränderungen unterworfen und «die Familie» ist heute ein Begriff, der eine Vielzahl von Lebensformen beinhaltet. Die SP ist die Partei, welche sich immer konsequent für die Anliegen der Alleinerziehenden und gegen die Diskriminierung von Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eingesetzt hat. Seit mehreren Jahren sinkt die Kaufkraft der Familien auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten (Mietkosten, Krankenkassenprämien, etc.). Der Druck ist so gross, dass die Gründung einer Familie inzwischen zum Armutsrisikofaktor geworden ist. Ein voller Lohn reicht nicht immer aus, damit eine Familie anständig leben kann, und Einelternhaushalte geraten oft in Notlagen. Eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen würde eine rasche und gleichmässige Entlastung aller Familien bewirken. Verändert hat sich auch, dass gegenüber den Zeiten des «Einverdienermodells» Frauen an Möglichkeiten zur beruflichen Teilhabe und Entwicklung hinzugewonnen haben. Dies macht es häufig notwendig, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Es fehlt vielerorts an öffentlicher Infrastruktur wie Kitaplätzen, Möglichkeiten für Teilzeitarbeit für beide Elternteile oder einem Elternurlaub. Oft braucht es mehr als einen vollen Lohn, um als Familie ein würdiges Leben führen zu können. Es ist deshalb falsch und ungerecht, wenn über Kinderabzüge, die in die Milliarden gehen, vor allem reiche Familien entlastet werden. Die SP fordert, dieses System mit einem einfachen und vor allem gerechten Gutschriftsystem zu ersetzen: eine Gutschrift für jedes Kind.

## **8 KRANKENKASSENPRÄMIEN DÜRFEN HÖCHSTENS 10 PROZENT DES HAUSHALTSEINKOMMENS AUSMACHEN.**

Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr ungebremst weiter – nicht zuletzt angetrieben vom Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Für immer mehr Normalverdiener-Haushalte sind sie zu einer finanziellen Last geworden, die kaum mehr zu stemmen ist. Mit diesem rapiden Prämienanstieg haben die Prämienverbilligungen nicht Schritt gehalten, im Gegenteil: Einige Kantone haben die Prämienverbilligungen im Rahmen ihrer Sparprogramme sogar massiv zusammengestrichen. Diese Entwicklung, die vor allem Haushalte mit mittleren Einkommen belastet, muss gestoppt werden. Die SP will deshalb das System der individuellen Prämienverbilligung anpassen und ausdehnen: Das Ziel muss sein, dass die Prämienlast höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens entspricht. Eine höhere Belastung ist unerträglich und unzumutbar.

## **9 EINE VERKEHRSBERUHGTE BEGEGNUNGSZONE IN JEDER AGGLOMERATIONSGEMEINDE FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT FÜR ALLE.**

Mobilität ist eine Errungenschaft, ein Freiheitsversprechen. Gleichzeitig ist sie eine riesige Herausforderung, mit einschneidenden Konsequenzen für unsere Lebensqualität. Eine neue Vision der Mobilität ist nötig; eine Vision, welche den unterschiedlichen Bedürfnissen und Voraussetzungen in ländlichen und urbanen Gebieten gerecht wird. Eine attraktive Postauto-Verbindung bietet eine Alternative für Automobilisten im ländlichen Raum. Täglicher Stau, überfüllte S-Bahnen, Busse oder Trams prägen das tägliche Pendlerleben in den Agglomerationen: Diesen Problemen begegnen wir nicht mit neuen Strassen, sondern mit einem attraktiven und gut ausgebauten ÖV-Netz. Damit wird öffentlicher Raum in den Zentren und Agglomerationen wieder frei für den Fuss- und Veloverkehr, für Begegnungen und Gespräche. So können sich alle sicher bewegen und wohl fühlen, die Luftqualität wird erhöht und die Lärmemissionen werden reduziert – das heisst: mehr Lebensqualität für alle.

## **10 EIN RASCHER UND VERBINDLICHER ATOMAUSSTIEG ERMÖGLICHT EINE ERFOLGREICHE UND ERNEUERBARE ENERGIEZUKUNFT.**

Die Schweiz muss sich eilends aus ihrer Abhängigkeit von der Kernenergie lösen. Die Katastrophe von Fukushima hat einmal mehr deutlich gemacht, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien rasch und dringend notwendig ist. In Anbetracht der Gefährlichkeit von Kernkraftwerken ist es unerlässlich, deren Lebensdauer auf 50 Jahre zu begrenzen und die ältesten drei Atomkraftwerke unseres Landes umgehend stillzulegen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir endlich die Chance, eine solche Energiewende einzuleiten und uns aus dieser auch für das Klima fatalen Abhängigkeit zu befreien. Ausserdem schafft der Einstieg in ein erneuerbares Energiezeitalter tausende von sicheren und attraktiven Arbeitsplätzen.

Wollen wir dieses Ziel erreichen, muss die Entwicklung der erneuerbaren Energien beschleunigt werden, um unseren gesamten Stromkonsum bis 2035 aus unerschöpflichen Quellen zu decken und die Verschwendung fossiler Energie bis im Jahr 2050 um 80 Prozent zu verringern.

